



DIREKTZAHLUNGSSYSTEM: Der Ständerat will die Agrarreform bis nach den Wahlen 2011 auf Eis legen

Verschiebung eines heiklen Dossiers

Neben der Angst vor dem Wahljahr spricht die Unsicherheit des EU-Agrarfreihandels für eine Verzögerung der Reformen.

SIMON MARTI

Der Ständerat hiess am Donnerstag den Bericht des Bundesrats zur Weiterentwicklung des Direktzahlungssystems gut. Er zeigte sich im Grundsatz einverstanden damit, dass die Direktzahlungen stärker auf konkrete Leistungen der Landwirtschaft ausgerichtet werden. Mit der Annahme einer Motion der vorbereitenden Wirtschaftskommission des Ständerats wird das Dossier Direktzahlungsreform allerdings für zwei Jahre auf Eis gelegt. Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament erst Ende 2011 – unmittelbar nach den Wahlen – eine Konkretisierung des Direktzahlungsberichts als Botschaft vorzulegen.

Angst vor Wahlen

Ursprünglich plante der Bundesrat die Botschaft bereits 2010 auszuarbeiten und Anfang 2011 zuhanden des Parlaments zu verabschieden. Insbesondere die politisch heiklen Fragen der Mittelverteilung auf die einzelnen Instrumente und die Auswirkungen auf die Landwirtschaft sollen nun aber erst Ende 2011 veröffentlicht werden.

«Vor allem Bundespräsidentin Doris Leuthard sprach sich dagegen aus, dass Agrarreformen in Wahljahre fallen», sagt Ständerat und Gemüsebauernpräsident Hannes Germann (SVP/ SH). Vor den Wahlen sei sicher der Druck auf die Parteien grösser – insbesondere auf Parteien, die zwischen den Wahlen nicht immer nur landwirtschaftsfreundlich sind.

Gewisse Sicherheiten

Man könne die Verschiebung als solche aber auch positiv se-

hen. Immerhin habe man die Gewissheit, dass die AP 2011 so um zwei Jahre verlängert wird. Allerdings sei der Zahlungsrahmen noch nicht gesichert. Germann sieht weiter eine gewisse Sicherheit für die Landwirtschaft, weil der Nationalrat mehrere Vorstösse zur Ernährungssouveränität überwiesen hat. «Um diese Forderungen zu erfüllen, brauchen wir auch eine funktionierende Landwirtschaft», schlussfolgert er.

Der Präsident der Gemüsebauern macht aber auch ein Fragezeichen zu einer Agrarreform im eigenen Land, solange der Bundesrat über ein EU-Agrarfreihandelsabkommen verhandelt. «Es würde nichts bringen, an einem Gesetz herumzuarbeiten, wenn dann der Bundesrat mit einem Agrarfreihandelsabkommen mit der EU alles wieder über den Haufen wirft.»

Inhaltlich sei er aber einverstanden, dass man etwas ändern müsse und die Direktzahlungen noch gezielter auf konkrete

Leistungen ausgerichtet. «Heute besteht ein negativer Punkt darin, dass Betriebe, die gut aufgestellt sind, nicht die Entwicklungsmöglichkeiten haben, die wünschbar wären.»

Bio- und Extensobeiträge

Der Bericht sieht Direktzahlungen für offene Kulturlandschaften, die Sicherung der Versorgung, die Erhaltung der Artenvielfalt sowie für tierfreundliche Tierhaltung vor. Auch Flächen- und Hangbeiträge sowie Bio- und Extensobeiträge sollen in das neue System integriert werden. Wegfallen sollen dagegen die Beiträge für die Haltung von Raufutter verzehrenden Nutztieren sowie die Tierhaltung unter erschwerten Produktionsbedingungen (TEP). Dies machte im Rat besonders den Vertretern von Bergregionen Sorgen. Landwirtschaftsministerin Doris Leuthard wies jedoch darauf hin, dass in der Sache noch nicht das letzte Wort gesprochen sei.